

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt, Bäckerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 12. September 1928 Nummer 214

Einstimmig für Panzerkreuzer

Der Beschluß des Parteausschusses der SPD / Wüste Kommunistenhege / Keine Entscheidung über die 2. Rate / Die sächsischen SPD-Führer in der Panzerkreuzerfront des Parteivorstandes

Wekern noch brachte die Dresdner Volkspartei einen Artikel Ströbel, in dem dieser zwar sehr sorgfältig vermeldet, eine klare Schlussfolgerung zu ziehen, in dem er aber das Vertragsmandat des Parteausschusses im Vorwärts aufweist. Ströbel jagte, Rundspitzen genügt nicht; auch nicht, daß man darauf spekuliert, überstimmt zu werden, und dennoch im Kabinett verbleibt. Die Parteigenossen würden schließlich zufrieden sein.

„Es genügt deshalb nicht, daß etwa der Parteausschuss am 11. September die Zustimmung gibt, daß die Fraktion und die sozialdemokratischen Minister die zweite Rate nicht bewilligen werden.“

Die Wahlen werden sich durch eingebildete Überlegenheit nicht imponieren lassen, erklärte Ströbel.

„Die Massen haben das richtige Gefühl für die drohenden Gefahren, wenn sie aus ihrem grundsätzlichen und mit aller inneren Leidenschaft geführten Kampfe gegen den Militarismus kein Handlungsfeld gemacht wissen wollen.“

Heute abend aber wird Oskar Edel, einer der Kabinettisten unter den Radikalen, soweit es sich um Worte handelt, vor die Funktionäre treten und erklären, daß der Parteausschuss nicht einmal den Beschluß gefaßt hat, daß die Fraktion und die sozialdemokratischen Minister die zweite Rate nicht bewilligen werden.“

Anstatt eines solchen Beschlusses, der nach Ströbel absolut ungenügend sei, wird Edel den Funktionären nur eine verstärkte Hege gegen die Kommunisten bringen. Nur nach dieser Richtung sollte der Parteausschuss einen positiven Beschluß fassend für die sächsischen SPD-Führer ist, daß sie den betrügerischen, sich aber im Grunde auf den Panzerkreuzerbau stützenden Beschlüssen zustimmen.

Zum Volksentscheid nahm der Parteausschuss folgende Entschliessung einstimmig an:

„Der von den Kommunisten eingereichte Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streitfrage des Panzerkreuzerbaus zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erstreben mit ihrem Volksbegehren einseitigen Maßnahmen auch gar nicht die Verhinderung des Panzerkreuzerbaus, sie erblicken in ihm nur eine Gelegenheit, die sozialdemokratische Partei zu verleumden und zu beschimpfen. Für die Partei ergibt sich daraus von selber die Pflicht, dieser gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Willen auf das entschiedenste entgegenzutreten.“

Die im Augenblick einzige wirklich politische Maßnahme gegen den Volksentscheid wurde abgelehnt. Die sächsischen Raul-Strategen haben vollständig kapituliert. Sie gliedern sich in vollem Umfange in die Panzerkreuzerfront, sie gehen, wie wir das den Arbeitern gesagt haben, mit dem imperialistischen Kurs. Am die Irreführung gegen die Arbeiterschaft weiter aufrechtzuerhalten, wurde zur Einberufung des Parteitages, ebenfalls einstimmig, folgende Entschliessung gefaßt:

„Der Parteausschuss stellt die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaus durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verhandlung des Reichstages für das Jahr 1929 die grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrprogramm durch einen rechtzeitig hierzu einberufenen Parteitags. Der Parteivorstand wird ersucht, diese Stellungnahme durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitags Bericht zu erstatten hat!“

Herr Edel, die sozialdemokratischen Zeitungen werden verstanden, daß die „Demokratie“ in der SPD gefestigt habe. Es wird geistert, was Ströbel gefordert: es wird der Gesamtpartei die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden. Die Lüge ist in dieser Partei schon so konventionell geworden, daß man sich über einen Betrug mehr oder weniger nicht zu wundern braucht. Die Frage ist nur, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler diese Lüge erkennen. Der Parteitags soll zusammenzutreten, aber der Beschluß dieses Parteitages steht heute schon fest. Der Parteivorstand wird die imperialistische Aufstellung im Programm verankern. Die Zusammenlegung des Parteitages für eine Mehrheit zu diesem Beschluß wird sich der Parteivorstand schon verschaffen. Vorläufig heißt es für die sozialdemokratischen Führer, „linke“ wie rechte, Zeit zu gewinnen, um der konkreten Kampfaufstellung durch den Volksentscheid zu entgehen.

Das soll durch die Beschlüsse des Parteausschusses erreicht werden. Der praktische Sinn der Beschlüsse ist aber der vollkommene Sieg der Panzerkreuzerpolitik.

Der sozialdemokratische Pressedienst verkündet den Sieg des Parteivorstandes und der Aufstellungspolitik über die sächsischen Raulhelden triumphierend folgendermaßen:

„Die Beschlüsse des Parteitages sind einstimmig gefaßt worden. Es ist kein Geheimnis, daß große Parteiorganisationen, namentlich in Sachsen, in erster Auswählung die Teilnahme an dem von den Kommunisten eingeleiteten Volksbe-

gehren ins Auge gefaßt haben. Daß sie davon abgekommen sind, ist nicht das Ergebnis einer mühsamer Prüfung der tatsächlichen Erfolgsmöglichkeiten des Volksbegehrens. Es ist der Erkenntnis zuzuschreiben, daß das kommunistische Volksbegehren nur eine großartige Verteilungskampagne gegen die Sozialdemokratie darstellt. In der Diskussion innerhalb der Partei ist eindringlich auf die tiefen Ursachen der Panzerkreuzerfrage hingewiesen worden: Der Mangel an prinzipieller Klarheit über die Stellung zum Wehrprogramm im demokratischen Staat innerhalb der sozialdemokratischen Partei, ungelöste Verhandlung über das Problem, welche Konsequenzen aus der Bildung des Wehres des Staates und demzu-

folge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staat gezogen werden müssen.“

Ob ein Volksentscheid Erfolg haben könnte, spielt also keine Rolle. Darüber braucht man sich nicht zu unterhalten; der Volksentscheid richtet sich gegen die SPD, deswegen werde er abgelehnt. Wir haben schon einmal die Frage aufgeworfen, weshalb sich ein Volksentscheid gegen die SPD wende. Wir stellen fest, nur deswegen und bang, wenn die SPD im Lager der Panzerkreuzerimperialisten steht. Dann verliert der Pressedienst der SPD, daß in der bürgerlich-kapitalistischen Republik die SPD die Ministerliste besetzt, die Geschäfte der Kapitalisten übernehme und deswegen auch die Miltionen der Kapi-

Tagung der Finanzkönige

Das Parlament der Bankiers tagt in Köln / „Arbeits und spare!“

„Arbeits und spare!“ — das ist die einfache Formel, die Jakob Goldschmidt, der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank und der Referent auf dem Kölner Bankertag, der deutschen Wirtschaft für Jahre hinaus gibt. Die wertvollen Massen sollen arbeiten, und die Kapitalisten sparen. Das ist die Formel der Arbeitsteilung, wie sie einfacher nicht aufgestellt werden kann. Akkumulieren! Akkumulieren! — so lautet die Losung Goldschmidts. Und Jakob Goldschmidt ist nicht irgendein Bankdirektor unter den vielen, sondern der Finanzier der großen Konzerne, der Trustbankier, der Leiter der Darmstädter und Nationalbank, die im Gegensatz zu der Deutschen Bank den „nationalen“ neudeutschen Imperialismus vertritt. Die Darmstädter und Nationalbank kontrolliert rund 400 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von über 7 Milliarden RM, das bei einem Gesamtaktienkapital von etwa 16 Milliarden RM in Deutschland über 40 Prozent dieser Kapitalsumme ausmacht. Der gewaltigen ökonomischen Einflusssphäre der Darmstädter und Nationalbank und der anderen Großbanken, in deren Namen Goldschmidt, Hagen, Mezgerbach usw. in Köln sprachen, entspricht ihr politischer Einfluß im Reichstag, in den Ministerien in Preußen. So sind die Resierungen der Bankiers nicht nur als programmatische Erklärungen einer Schicht des Kapitals, sondern der einflussreichsten und ausschlaggebenden Teile

der deutschen Bourgeoisie, nämlich als Programm der Klärung des Finanzkapitals zu verstehen. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß in Köln nur die Interessen der Banken vertreten worden wären. Die Lösung Kapitalbildung, d. h. verstärkte beschleunigte Akkumulation, Anhäufung von Milliardenprofiten, ist die Lösung des deutschen Finanzkapitals, d. h. der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, wie sie neben Amerika gerade in Deutschland in klassischer Form verwirklicht ist.

Louis Hagen hat das arbeitserfindliche Programm des deutschen Kapitals durch einen Angriff auf die „hohen Löhne“ deutlich zum Ausdruck gebracht. In diesem Angriff war nicht nur ein Protest gegen weitere Lohnerhöhungen, sondern auch eine Tendenz zum Abbau der jetzigen Löhne enthalten. Hagens Referat aber bildete nur den Auftakt zu den Ausführungen Jakob Goldschmidts, — wahrlich eine Programmrede der Wirtschaftsdiktatur der Finanzkönige. Im Mittelpunkt des Referates stand die Verherrlichung der kapitalistischen Rationalisierung. Die Rationalisierung muß weiter getrieben werden und zugleich einen „geistigen Lebensinhalt“ erhalten. Was versteht Herr Goldschmidt unter „geistigem Lebensinhalt der Rationalisierung“? Allem Anschein nach die Arbeitsgemeinschaft und die Wirtschaftsdemokratie, das ist das Programm des Hamburger ADGB-Kongresses!

Die bürgerliche Presse feiert Goldschmidts Referat als ein „individualistisches Bekenntnis“. Darunter ist folgendes zu verstehen: Goldschmidt verkündete die herrschende Stellung des privaten Unternehmertums gegenüber dem Staatskapitalistischen Entwicklung entgegenstellen will? Reinesfalls. Das immer engere Verwachsen von Staat und Trust soll aber eine Herrschaft der Truste über den Staat, und nicht eine Herrschaft des Staates über die Truste bedeuten.

Ironisch und brutal ist das arbeitserfindliche Programm des Finanzkapitals. Der Abbau der sozialen Härteorgane wird von Goldschmidt in unabweisenden Worten verlangt. Der hohe Reallohn verhindert die Kapitalbildung. Der Konsum darf nicht auf Kosten der Kapitalbildung wachsen. Eine Ohrfeige an die Gewerkschaftsbureaufürten vom Schlage Tarnows, die noch die berühmte Theorie von der Beseitigung der Krisen durch hohe Löhne propagieren.

Bei alledem ist nicht zu vergessen, daß Jakob Goldschmidt durch seine engen Beziehungen zur Deutschen Volkspartei nicht nur in seinem eigenen Namen, nicht nur im Namen der „Danatbank“, sondern auch im Namen der führenden Koalitionspartei der Bourgeoisie gesprochen hat. Hat doch Jakob Goldschmidt das Leiborgan Stresemanns, die Tägliche Rundschau, finanziert, ist doch der Aufsichtsratsvorsitzende der Danatbank, Prof. Rießer, der auch die Kölner Bankertagung eröffnete, ein führender Mann in der Deutschen Volkspartei.

So ist das brutale Bekenntnis der Kölner Bankertagung zur weiteren Rationalisierung, zur Verschärfung und Beschleunigung der Profitbildung, der Akkumulation, zur uneingeschränkten Profitanhäufung auf Kosten der arbeitenden Massen, das auch in einer besonderen Entschliessung niedergelegt wurde, nicht nur ein Programm des Finanzkapitals, sondern gleichzeitig das wahre Programm des ausführenden Organs des deutschen Finanzkapitals, des Kabinetts der Köpfe, des Panzerkreuzerkabinetts.

Giftgase über Halle

Bankstimmung der Bevölkerung — Zahlreiche Vergiftungserscheinungen — Die Einwohner ergreifen die Flucht

Halle, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Das schwermetallhaltige Gas, das aus der Gegend von Brackberg über den südlichen Teil von Halle zog, vergiftete die Luft derart, daß in den dortigen Schulen zahlreiche Kinder erkrankten, 2 Schulen wurden vormittags 2 Stunden geschlossen. Die Gase kamen aus der neuen Braunkohlengrube Albine. Die Grube ist noch nicht konzipiert. Im südlichen Teil der Stadt hatte man in letzter Zeit unter heftigen Gaswolken zu leiden, die von der Grube Albine herankamen und es der Bevölkerung unmöglich machten, sich bei offenen Fenstern oder in den Gärten aufzuhalten. In den letzten Tagen hatte die Vergasung der Stadt einen besonders bedrohlichen Charakter angenommen. Tausende Zuschritten wurden an die Behörden, an den Magistrat und die Presse gefaßt und forderten vergeblich Abhilfe. Gestern morgen waren die mächtigen Gaswolken, die nach der Südstadt kamen, so intensiv, daß die Bevölkerung im wahren Sinne des Wortes die Flucht ergreifen mußte. Die halleschen Nachrichten berichten, daß die Wirkung der Gase katastrophal war. Es stellten sich Vergiftungserscheinungen im Hals, Tränenbildung und Ubelkeit ein. Besonders schlimm wurden die Kinder heimgesucht. Bei Hunderten von ihnen wachten sich bedenkliche Vergiftungserscheinungen bemerkbar. Die Kinder erbrachen sich und hatten Augenschmerzen. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine panikartige Stimmung. Die Lehrer der Schulen erklärten, daß sich die Gase sowohl im Geruch als auch in ihrer Wirkung in nichts von den berüchtigten französischen Gasen an der Front unterscheiden.

Der „Freie Wassersport“ proklamiert die Spaltung!

Eine Gipfelleistung reformistischer Heze / Wassersportler aller Sparten müssen Stellung nehmen

Im Kampf um die Durchführung der Spaltung der Wassersportbewegung zeigen die sozialdemokratischen Führer in allen Sparten des Arbeiter-Turn- und Sportbundes mehr und mehr ihr wahres Gesicht. Je energischer die Mitgliederfront macht gegen die reformistischen Aktionen und ihre Hintermänner, desto offener und brutaler treten diese gegen die Grundgedanken der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung auf und enthüllen sich selbst als Schrittmacher der Verbürgerlichung der Wassersportorganisationen. Einen geradezu empörenden Beweis für diese Behauptungen liefert die Nummer 17 des Freien Wassersports, obligatorische Zeitschrift für den Arbeiterwassersport, die in Leipzig herausgegeben wird. In einem Artikel

„Sport oder Politik“ beschäftigt sich ein E. V. Berlin-Charlottenburg, mit den Fragen der im Zusammenhang mit der Verschärfung der Klassengegensätze auftretenden Differenzen in der Wassersportbewegung. In diesem Artikel wird ganz offen in geradezu freier Form die Spaltung der Wassersportbewegung proklamiert. Das sagt bereits der erste Satz: „Die Zustände in einzelnen Arbeiter-Sportvereinen drängen zur Entschiedenheit, so bedauerlich eine Spaltung ist, sie ist aber zur Gesundung einer Bewegung nötig und sie liegt im Interesse des Wassersports, um den Stillstand der Wassersportbewegung zu überwinden.“

Offen wird also hier von den Reformisten erklärt: „Die Wassersportbewegung muß gespalten werden.“ womit begründet diese Bundesbeschädiger diese famose Einstellung? Der zweite Satz sagt dies deutlich:

„Die parteipolitischen Gegensätze zwischen SPD und KPD sind zu groß, weil die kommunistische Parteipolitik eine fremdländische, eine russisch-bolschewistische Staatspolitik ist, die die Kommunisten auf deutsche Verhältnisse übertragen zu können glauben, weil sie nicht eine eigene Parteipolitik treiben und nur die Befehle von Moskau empfangen und ausführen, ohne Rücksicht, ob diese Politik für deutsche Verhältnisse tragbar und durchführbar.“

Hier zeigen sich die Reformisten im Arbeiter-Turn- und Sportbund nicht nur verstockt, sondern ganz offen als Chauvinisten niederster Art. Die Freche, für einen Sozialisten geradezu idiotische Erklärung, die kommunistische Partei sei eine „fremdländische“, die eine den deutschen Verhältnissen abträgliche Politik führe, kennzeichnet die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer in Deutschland restlos und ohne jeden Vorbehalt die Bindung an die nationale Bourgeoisie sozugen haben. Kann es für einen internationalen Sozialisten eine solche Fragestellung überhaupt geben? Nein! Für einen internationalen Sozialisten genügt nicht, aber für Reute, deren politische Führer wie in Brüssel sich als wahrhafte Nationalisten und Interessenvertreter ihrer kapitalistischen Vaterländer erwiesen haben, ist dieser Standpunkt nur zu verständlich. Die Wassersportler müssen zu gut, daß die Interessen auch der deutschen Arbeiter naturgemäß mehr mit den Interessen des russischen Arbeiterstaates verbunden sein müssen als mit denen der deutschen Republik, so lange die deutschen Gruben und Fabriken, so lange die wichtigsten Produktionsmittel sich in den Händen der Finanzkapitalisten und damit die politische Staatsmacht sich in den Händen der Bourgeoisie befindet.

Der Artikelsschreiber behauptet, daß die Staats- und Wirtschaftspolitik der Russen, auf Deutschland übertragen, für „die deutsche Staats- und Wirtschaftspolitik den Untergang“ bedeuten würde. Dieser Reformist solidarisiert sich damit vollständig mit den deutschen kapitalistischen Trustherren und Bankmagnaten, denn es ist richtig, daß für die deutsche Wirtschaft die Arbeiterdiktatur den Untergang bedeuten würde, ebenso aber ist richtig, daß dies der Anfang eines sozialistischen Aufstiegs der Arbeiterklasse sein würde, daß der Untergang der kapitalistischen Wirtschaft, wenn er nicht durch kapitalistische Wirtschaftsanarchie, sondern durch proletarische Revolution herbeigeführt wird, die Grundlagen für den Sozialismus schaffen und damit den entscheidenden Schritt, der klassenlosen Gesellschaftsordnung, bedeuten würde. Die SPD hat natürlich ein Interesse daran, den Befehlen Berlins, d. h. der Kapitalherren der deutschen Republik zu gehorchen und ihrerseits dafür zu sorgen, daß in der Arbeiterklasse das reformistische Gift ungehemmt und ungehindert eindringt, und so den Kampfwillen und die Kampfkraft der deutschen Arbeiter lähmt. Daß dabei immer die auch in diesem Artikel geübte Lohhuderei der besseren „Schulung, Bildung und fortschrittlichen Einstellung“ gegenüber dem russischen Proletariat nur Sirenenruf bedeutet, ist für jeden klar, der den rückschrittlichen politischen Kurs in Deutschland seit dem Verrat der Novemberrevolution aufmerksam verfolgt hat. Erlagen und auch von den sozialdemokratischen Kennern der russischen Verhältnisse längst widerlegt, ist die Behauptung, daß unter bolschewistischem Regime im kulturellen und geistigen Leben Russlands kein Fortschritt verzeichnet worden ist. Gerade diese Lüge hat der Spartakadebeauftragte, Genosse Roy, ein sozialdemokratischer Lehrer in Dresden, ausgezeichnet widerlegt. Von seinem Bericht schreibt der Sozialdemokrat Schreiber im SA, daß er „sachlich und wohlwollend“ sei! Denn er hat hervorgehoben, daß das „Unterdrückungssystem“ dem Arbeiterstaat den Weg für eine freie, menschenwürdige Entwicklung geebnet hat. Wenn der Artikelsschreiber erklärt, daß die Sozialdemokratie, die unter dem Zarismus unterdrückt wurde, heute durch den Bolschewismus geknechtet wird, so wollen wir demgegenüber feststellen, daß es die bolschewistischen Sozialisten waren, die den begeistertsten und opfermütigsten Kampf gegen die Kapitalisten führten und die nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, ebenso konsequent wie sie den Zarismus und seine Stützen vorher, als sie noch die Unterdrückten waren, dem Kampf mit allen Mitteln ansetzten, heute der Bourgeoisie und ihren reformistischen, sozialdemokratischen Handlangern die organisierte Macht des Proletariats entgegenhalten. Die „Sozialisten“, die vom Schlage „unserer“ Ebert, Scheidemann, Noske und Hermann Müller an Stelle der proletarischen Demokratie die „demokratisch“ verhängte Diktatur der Bourgeoisie einzuführen versuchen, werden und dies muß jeder Klassenbewußte Arbeiter als richtig befinden, genau so behandelt wie jeder andere Konterrevolutionär. Wer die Maßnahmen der Bolschewiki zur Sicherung der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion bekämpft, solidarisiert sich also ganz bewußt mit den Interessen der zu Boden gerungenen und vergeblich wieder zur Restauration ihrer Herrschaft drängenden Bourgeoisie. Weil diese Veruche bisher vergeblich waren, deshalb ist auch die Antisowjetfront der kapitalistischen Mächte trotz aller Gegensätze unter den kapitalistischen Staaten im Entstehen. Deshalb sammelt auch die Bourgeoisie in jedem Lande ihre Handlanger in

den Kreisen der Werktätigen zu besserer Organisation der Heze gegen die Sowjetunion, weil die proletarische Diktatur der Sowjetunion von innen nicht zu erschüttern ist und ihr Bestand mehr und mehr den Massen der Werktätigen aller Länder zeigt, daß nicht über die bürgerliche Demokratie, sondern nur über den Weg der gewalttätigen Eroberung der politischen Macht das Proletariat den Sozialismus erreichen kann. Daß mit der Bourgeoisie auch die Reformisten den Zusammenbruch der bolschewistischen Diktatur seit Jahren erwünschten und ihn geradezu bis zur Väterlichkeit von Jahr zu Jahr aufs neue prophezeien, beweist nur, daß die Interessen beider gegen die Forderung der gesamten Arbeiterklasse gerichtet sind. Der Artikelsschreiber bringt es fertig, wahrscheinlich auf Grund der verlogenen sozialdemokratischen Presseberichte, die Behauptung aufzustellen, daß „die blutigeren Mächte in Russland die große Masse genau so ansehn, wie die Blutherrschaft des Zarismus. Der sozialdemokratische Lehrer Roy stellt dazu ausdrücklich fest:

„Die russischen Arbeiter haben das Rätsel gelöst, wie man den Werktätigen ein freies Leben sichert. Wir hat das Herz im Versteck gesucht, als ich sah, wie alle diejenigen, die arbeiten wollen, sich frei entwickeln können. Diejenigen, die früher die anderen ausbeuteten, leben abseits und sind verblüfft, doch ist auch ihnen die Gelegenheit gegeben, am Aufbau der Wirtschaft teilzunehmen, wenn sie bereit sind, sich in die Ordnung des Arbeiterstaates einzufügen.“

Diese Antwort eines Sozialdemokraten sollte sich der Freche Hezer im „Freien Wassersport“ einbücheln hinter die Ohren schreiben. Diese Antwort aber sollte auch die Wassersportler, insbesondere die Arbeiterschwimmer, deren Zeitung diese niederträchtige Heze vom Stapel läßt, ihren führenden Funktionären vor Augen halten, und entschieden Stellung nehmen gegen die nationalsozialistische Schreibweise, in der geradezu die Entpolitisierung des Wassersports gefordert wird, und wo es heißt: „Ich keine fremdländische Wirtschafts- und Staatspolitik aufzwingen zu lassen.“

„Sinein in die Wassersportvereine!“

Was dieser famose „Förderer“ des Wassersports will, das verrät er in folgendem Satz:

„Warum geht man nicht in die Werk- und bürgerlichen Sportvereine? Dort wäre für die Kommunisten ein breites, vielfältig erfolgreiches Betätigungsfeld, weil man es dort mit Unpolitischen zu tun hat, die sich für die kommunistischen Ideen sicher eher gewinnen lassen, als Sozialisten, die wissen, was sie wollen.“

Der Hezer, denn als Genosse kann dieser Schreiber wohl nicht angesprochen werden, bildet sich scheinbar ein, daß revolutionäre Wassersportler die zahlreichen parteilosen, im Wassersport organisierten Arbeitsbrüder und Arbeiterschwimmer widerstandslos dem Koalitionsgeist seiner Auftraggeber ausliefern werden und empfiehlt — faktisch — die Stärkung der gelben Sportverbände. So steht das wahre Gesicht dieser Förderer der Wassersportbewegung aus.

Den revolutionären Mitgliedern wird einfach der Weg in die bürgerlichen Sportorganisationen gewiesen.

Wie lange wollen sich die freien Schwimmer und darüber hinaus die Wassersportler aller Sparten eine solche Beschimpfung einer proletarisch-revolutionären Bewegung gefallen lassen? Denn daß die kommunistische Agitations-

arbeit eine proletarische, antikapitalistische ist, bestätigt der reformistische Artikelsschreiber wahrscheinlich aus Dummheit ungewollt mit folgendem Satz:

„Damit (mit der Verlegung der kommunistischen Agitation in die bürgerlichen Sportverbände) würde man das Kapital schädigen und die Politik der Unternehmer durchkreuzen.“

Ausgezeichnet hat hier der Reformist den freien Wassersportler gezeigt, weshalb die Kommunisten in den Wassersportvereinen bleiben müssen und weshalb sie und ihre Politik untrennbar verbunden sind mit dem Wohl und Wehe der Wassersportbewegung, weil es gilt, das Kapital zu schädigen und den Unternehmern Boden abzugewinnen, sie zu schlagen, wo man sie treffen kann, deshalb kämpfen die revolutionären, kommunistischen Wassersportler in den Reihen der trotz aller reformistischen Spaltungsversuche noch nicht dem Bürgertum völlig ausgelieferten Wassersportbewegung in Deutschland, gegen das in den Zeiten des Beharrungsrestlos sich selbst entthronende reformistische, arbeitersindliche Gift. Deshalb solidarisiert sie sich mit Sowjetrußland gegen die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierungen, gleichviel, ob an ihrer Spitze der Pfaffe Marx oder der „Arbeitervertreter“ Herr Müller steht. Die Wassersportbewegung hat nur dann Existenzmöglichkeiten, hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, auf dem Boden der Politik, der die kommunistische Partei ihre Existenz geweiht hat, den Kampf gegen das Unternehmertum und gegen seine Sportorganisationen als Ganzes mit allen Mitteln führt. Eine der wichtigsten Vorarbeiten für die Erhaltung dieser Grundlage ist die schärfste und entschlossenste Zurückweisung aller sozialdemokratischen, reformistischen Spaltungsversuche, von denen der Artikel im „Freien Wassersport“ wohl eine Glanzleistung darstellt.

Wir fordern die Wassersportler aus allen Sparten unseres Bezirks auf, insbesondere aber die Arbeiterschwimmer, in ihren Vereinsversammlungen Stellung zu nehmen zu diesem Artikel in ihrem Organ und den Spalter in ihren Reihen eine Antwort zu erteilen, die ihnen Hören und Sehen verzeihen läßt.

Schon sind von den sozialdemokratischen Führern die ersten Schritte zur Verbürgerlichung des Wassersportes getan worden, schon wagt es die Dresdner Volkszeitung, Propaganda für den gelben Wassersport, schon marschieren der sozialdemokratische Teil des Spielmannsuges der Uebigauer Turner gemeinsam zu einem Fest unter schwarzweissen Fahnen auf. Wird nicht entschlossen Einhalt geboten, so wird der Schaden für die gesamte Bewegung in kurzer Zeit unübersehbar sein. Arbeiterschwimmer, Wassersportler aller Sparten, erkennt diese Gefahr, ehe es zu spät ist. Durchkreuzt die Spaltungsaktion der Handlanger des Unternehmertums, der Propagandisten des gelben Sports! Weist ihnen durch geschlossenes Auftreten den Weg zu, auf den sie gehören, den Weg in den Reihen der Unternehmernknechte. Steht euch geschlossen hinter die Verteidiger der revolutionären Prinzipien der Wassersportbewegung, die Kommunisten.

Jedes Vorurteil ist das Eingeständnis mangelnder Erfahrung!
Man hört immer wieder die Behauptung, Margarine sei weniger nahrhaft als Butter! Wissen Sie nicht, dass gute Margarine nach den Gulachten namhafter Gelehrter den gleichen Nährwert besitzt und das Gesetz derselben Fettgehalt vorschreibt? Ist Ihnen bekannt, dass

Alma, die Margarine für Alle
in den grossen Blauband-Werken für Alle“ gestellt und von keiner Keimfreiheit herberührt wird? Sie können es nicht gewusst haben, sonst wären auch Sie längst begeisterte Freundin von „Alma“.

Für nur 85 Pfennig erhalten Sie ein ganzes Pfund — aber ohne verteuernde Zugaben und Wertmarken.



ALMA
DIE MARGARINE FÜR ALLE

